



18. Oktober 2001

Presseinformation

Friedrich-Carl Wodarz (SPD) und Irene Fröhlich (Bündnis90/Die Grünen):

Die Förderung von Privatwald soll gesichert werden

Die Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes aus der Gemeinschaftsaufgabe, Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes' soll – entgegen den im Entwurf für 2002 geplanten Einsparungen in diesem Bereich – fast in gleicher Höhe wie im Vorjahr gehalten werden. Darüber herrscht Einvernehmen bei den Umweltpolitikern von SPD und GRÜNEN. „Wir wollen für das Jahr 2002 Haushaltsmittel in Höhe von rund 2,5 Millionen Euro zuzüglich der Kofinanzierungsmittel der EU in diesem Bereich zur Verfügung stellen. Dies wäre angesichts der angespannten Haushaltslage und dem damit verbundenen Zwang zu Einsparungen im Haushalt 2002 ein großer Erfolg für die Forstpolitik des Landes und ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum Ziel, den immer noch mit etwa 10 % zu geringen Anteil des Waldes an der Landesfläche stetig zu erhöhen“, sagten der forstpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Friedrich-Carl Wodarz, und die forstpolitische Sprecherin der Fraktion von Bündnis 90/die Grünen, Irene Fröhlich.

In Absprache mit dem Umweltminister sei es gelungen, einen Finanzierungsvorschlag zu machen, der in die laufenden Haushaltsberatungen eingebracht werden soll: Aus den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe sollen u.a. sowohl die Neuwaldbildung als auch der Umbau in standortgerechte Forsten durch Privatleute und öffentliche Körperschaften gefördert werden. „Ein besonderer Dank gilt Umweltminister Klaus Müller, der gewillt ist, durch Umschichtungen in seinem Haushalt einen Betrag aus der Gemeinschaftsaufgabe freizugeben und für die ursprünglich gekürzten Mittel einzusetzen. Dies wäre sowohl ein Erfolg für die

Verantwortlich:

Petra Bräutigam
Pressesprecherin der
SPD-Landtagsfraktion
Tel.: 0431/988-1305
Fax: 0431/988-1308

Claudia Jacob
Pressesprecherin der Fraktion von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Tel.: 0431/988-1503
Fax: 0431/988-1501

Natur und Umwelt in Schleswig-Holstein als auch für die Forstwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen“, so die beiden Abgeordneten.